

# Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 191

Mittwoch, den 15. August 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- \* Von offizieller Seite wurde nunmehr eine längere Erklärung herausgegeben, worin der Beschluß des Reichskabinetts zum Beginn des Baues des Panzerkreuzers begründet wurde.
- \* Der österreichische Bundespräsident Dr. Michael Hainisch begehrt am Mittwoch seinen 70. Geburtstag.
- \* Die Stupschina in Belgrad hat die Nettuno-Verträge in gänzlicher Abwesenheit der kroatischen Abgeordneten ratifiziert.
- \* In einer Sitzung der kroatischen Bauernpartei in Ugram wurde Dr. Matsek zum Präsidenten der Partei gewählt. Ein politisches Testament Raditschs ist nicht vorhanden.
- \* Der amerikanische Staatssekretär Kellogg schiffte sich am Sonnabend nach Europa ein, um in Paris den Fall zu unterzeichnen.
- \* Der Deutsche Volksbund in Ostoberschlesien hat in Genf gegen die Schließungen mehrerer deutscher Minderheitsschulen Protest eingelegt.
- \* Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Abänderungen zum Krisenfürsorgegesetz bekanntgegeben.

## Der umkämpfte Panzerkreuzer-Bau.

Die Kommunisten fordern Einberufung des Reichstags. — Eine Erklärung von offizieller Seite.

Wie man bereits erwarten konnte, hat der Beschluß des Reichskabinetts, den Bau des Panzerkreuzers A beginnen zu lassen, in der Presse eine lebhafte Debatte ausgelöst und besonders den Protest der Linksparteien hervorgerufen. Jetzt ist von dem kommunistischen Fraktionsvorsitzenden Stöcker der Antrag eingegangen, den Reichstag sofort einzuberufen, um zu dem Panzerkreuzer-Beschluß des Reichskabinetts Stellung zu nehmen. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß sich die Abgeordneten jetzt aus ihren Ferien begeben werden, um eigens diese Frage zu behandeln.

In Erwiderung auf die zahlreichen Kommentare und Angriffe in der Presse ist jetzt von offizieller Seite eine längere Erklärung über den Beschluß des Reichskabinetts veröffentlicht worden, in der es u. a. heißt:

Die Frage des Baues oder Nichtbaues des Panzerkreuzers A war bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushaltes 1928 durch Reichstag und Reichsrat politisch erledigt. Der Reichsrat hätte es durchaus in der Hand gehabt, den positiven Beschluß zu verhindern. Einen solchen Einspruch hat aber bekanntlich der Reichsrat nicht eingelegt. Eine entsprechende Entscheidung erstrebe lediglich eine nochmalige finanzielle

Nachprüfung der Möglichkeit des Baues

und sah ferner vor, daß bis nach Abschluß dieser Prüfung, jedenfalls bis zum ersten September d. J., der Bau nicht in Angriff genommen werden sollte. Es handelte sich in den letzten Wochen für die Reichsregierung und das Kabinett also lediglich um die Ausführung dieser Entscheidung. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Schwierigkeiten für den laufenden Etat 1928 durch die erste Bau-rate für das Panzerkreuzer-Schiff nicht entstehen. Bezüglich der künftigen Jahre ist auf Grund der Prüfungen und auf den eigenen Vorschlag des Reichswehrministers vom Kabinett festgelegt worden, daß Ersatzbauten der Marine unter allen Umständen nur innerhalb der Höhe des jetzigen Marine-etats ausgeführt werden dürfen. Es ist also erreicht worden, daß in Durchführung des Weiterbaues des Panzerkreuzers A die weiteren Bau-raten erst bei den Anträgen für

andere Ersatzbauten in Abzug gebracht werden müssen. Dann aber ist schließlich — worauf ganz besonders Wert zu legen ist — ausdrücklich festgelegt worden, daß der Beginn des Baues des Panzerkreuzers A in gar keiner Weise künftigen Entscheidungen über die Panzerkreuzer-Schiffe B, C und D vorgreift. Nach alledem kann also gar keine Rede davon sein, daß irgendein Kabinettsmitglied in die Notwendigkeit verkehrt worden sei, seinen

materiellen Standpunkt in der Panzerkreuzerfrage aufzugeben. Soviel wir unterrichtet sind, dürfte von einem solchen Aufgeben seiner persönlichen Einstellung auch bei keinem einzigen Mitglied des Reichskabinetts die Rede sein.

## Deutsche Beschwerde über Polen.

Der Deutsche Volksbund appelliert an den Völkerbund.

Eine neue Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien wegen der bevorstehenden Schließung mehrerer deutscher Minderheitsschulen ist heute im Generalsekretariat des Völkerbundes eingetroffen.

Es handelt sich um neue Maßnahmen der polnischen Behörden, die im Widerspruch mit der Genfer Minderheitenkonvention stehen. Die hierin vorgesehene Schülerzahl ist in den betreffenden Minderheitsschulen voll erreicht worden, so daß zu einer Schließung der Schulen jede rechtliche Begründung fehlt. Die von polnischer Seite angegebene Begründung der Maßnahmen mit dem Mangel an Schulräumen kann nicht als stichhaltig angesehen werden.

Ueber den genauen Inhalt der Beschwerdechrift werden von der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, die mit der Mandatsabteilung die einzige Völkerbundsabteilung ist, in der noch keine deutschen Beamten sitzen, kategorisch jede Erklärung abgelehnt. Es steht jedoch fest, daß die Beschwerde des Deutschen Volksbundes auf der am 30. August beginnenden Ratstagung zur Verhandlung gelangen wird.

## Neuregelung der Krisen-Unterstützung.

Bedeutende Erweiterung des Anspruchs.

Auf Grund der im Juli d. J. vom Reichstag angenommenen Entscheidung über die Verbesserung der Krisenunterstützung hat, wie amtlich mitgeteilt wird, der Reichsarbeitsminister jetzt eine Reihe von Anordnungen erlassen. Danach tritt zu dem Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, auch noch die Glasindustrie sowie das Bühnenpersonal der Theater- und Lichtspielunternehmungen hinzu. Für un- und angelernte Fabrikarbeiter bedarf es für die Zulassung zur Krisenunterstützung in Zukunft keiner besonderen Zulassung durch das Landesarbeitsamt. Ferner wird die Befugnis der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, die Krisenunterstützung weiteren Berufsgruppen zu lassen, erweitert. Wichtig ist besonders, daß auch Angehörige des Spinnstoffgewerbes zur Krisenunterstützung zugelassen werden können. Die Krisenunterstützung darf ferner auf weitere Berufsgruppen für Gemeinden mit nicht mehr als 25 000 Einwohnern ausgedehnt werden, in denen ein schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Für größere Gemeinden behält sich der Reichsarbeitsminister vor, entsprechende Maßnahmen selbst zu treffen.

Die Höchstbezugsdauer der Krisenunterstützung wird für die Arbeitslosen, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, auf 52 Wochen verlängert. Der Verlängerung der Unterstützung von 26 auf 39 Wochen bei den Arbeitslosen unter 40 Jahren hat das Reichskabinett grundsätzlich zugestimmt, über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung ist aber im Kabinett noch keine Entscheidung gefallen. Gegenüber einer Entscheidung der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird darauf hingewiesen, daß die Neuregelung das Recht auf Krisenunterstützung für eine beträchtliche Anzahl von Fällen erweitert. Die Neuregelung tritt am 20. August in Kraft.

## Teile des Seeabkommens werden veröffentlicht.

Nach einer englischen Presseinformation aus Paris soll das englisch-französische Flottenabkommen am Donnerstag veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung wird aber nach der Meldung nur die Hauptpunkte enthalten, während die zahlreichen Sonderklauseln weiter geheim gehalten werden sollen.

## Die gemeinsamen Manöver eine politische Angelegenheit.

Wie in der Londoner Presse jetzt bekannt wird, ist die Einladung der englischen Majors zur Teilnahme an den französischen Manövern im besetzten Gebiet von Quai d'Orsay ausgegangen. Es handelte sich demnach, so schreiben die Blätter, um eine rein politische Angelegenheit und nicht, wie anfänglich behauptet worden war, um eine Einladung der französischen Generalität, worin man lediglich einen Höflichkeitsakt sehen wollte. Eine amtliche englische Erklärung ist zu diesem Fall noch nicht abgegeben worden. Man will eine solche auch nur dann herausgeben, wenn von deutscher Seite Einspruch erfolgt ist, was aber bisher noch nicht geschah und nach Lage der Dinge auch kaum geschehen wird.

## Blutige Unruhen in Cayenne.

Der frühere Deputierte Galmot vergiftet.

In Cayenne in der französischen Kolonie Guayana ist es zu blutigen Unruhen wegen der Ermordung des früheren Deputierten Galmot gekommen. Bei den Ausschreitungen, die durchaus politischen Charakter tragen, wurden insgesamt acht Personen getötet.

Die gerichtliche Obduktion des verstorbenen früheren Abgeordneten Galmot hat ergeben, daß der Tod durch Vergiftung eingetreten ist. Der Verdacht der Täterschaft fällt auf die Dienerin des Ermordeten, doch leugnet sie bisher jede Schuld.

Von einem Teil der Presse wird dem radikalsozialistischen Deputierten Laugier die moralische Schuld an den Vorkommnissen in der französischen Kolonie Guayana beigemessen. Bereits bei den Kammerwahlen 1924 kam es

in Guayana zu Ausschreitungen, die zwei Menschenleben kosteten. Bei seiner, wie behauptet wird, auf Fälschungsmanner zurückzuführenden Wiederwahl im April d. J. konnte bewaffneten Aufständen der Bevölkerung nur mit Mühe vorgebeugt werden.

## Das nationale China wieder einig.

Die Eintracht im Volkstagsrat der Kuomintang wieder hergestellt. — Japans Drohungen.

Die Bemühungen Tschang Kai-Schicks haben, wie verlautet, es zuwege gebracht, das die Mitglieder des Volkstagsrates der Kuomintang, die sich vor einigen Tagen groß von den Beratungen zurückgezogen hatten, wieder nach Nanking kamen und jetzt an den Verhandlungen teilnehmen. Die Eintracht auf der Konferenz scheint dadurch wieder hergestellt zu sein.

Diese Einigung wird wohl nicht wenig durch die drohende Haltung Japans beeinflusst worden sein. Bekanntlich hat der japanische Bevollmächtigte Hagashi, der nach Mukden entsandt worden war, seine Rückkehr nach Tokio angetreten, ohne den Herrscher der Mandchurei, Tschang Hueliang, zum Zusammengehen mit Japan bewegen zu haben. Auf seiner Rückreise erklärte Hagashi, daß Japan in der Mandchurei seinen Willen durchsetzen werde, obgleich es den Frieden wünsche.

Da jetzt auch die gesamten japanischen Parteien einig sind in der von Tanaka eingeschlagenen China-Politik, muß damit gerechnet werden, daß es zu Verwicklungen in der Mandchurei kommt, wenn man in Mukden nicht nachgibt. Dazu scheinen aber jetzt wenig Aussichten zu bestehen, da man anscheinend in Nanking alles daran setzt, um mit Tschang Hueliang einig zu werden.

## Die Nettuno-Verträge ratifiziert.

In Abwesenheit sämtlicher Kroaten.

Belgrad, 14. August.

In der Abend Sitzung der Skupstina begann die Aussprache über die Ratifizierung der Nettuno-Abkommen. Es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen. Unter tosendem Lärm beantragte die Opposition schließlich die Vertagung der Erledigung der Nettuno-Abkommen, bis die Kroaten in die Skupstina zurückgekehrt seien. Charakteristisch war, daß kein einziger kroatischer Abgeordneter, auch nicht die der Regierungspartei angehörenden Kroaten, bei der Abstimmung zugegen war. Für die Ratifizierung der Nettuno-Abkommen wurden 158 Stimmen abgegeben.

## Kein Testament Raditschs.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses der kroatischen Bauernpartei ist Dr. Matsek einstimmig zum Präsidenten des Klubs an Stelle des verstorbenen Raditsch gewählt worden.

Im Verlauf der Sitzung wurde festgestellt, daß Raditsch kein formelles politisches Testament hinterlassen und auch der Partei für die zukünftige organisatorische Tätigkeit keine Weisungen erteilt habe. Dagegen habe er noch kurz vor seinem Ableben der Parteileitung Weisungen über die weitere politische Orientierung nach innen und außen gegeben. Es wurde festgestellt, daß alle Abgeordneten in den politischen Fragen einheitlich vorgehen und im Sinne Raditschs weiterarbeiten werden. Die Abgeordneten leisteten dem verstorbenen Führer den Treueid. In einer einstimmig gefaßten Entscheidung heißt es: Raditsch hat nicht aufgehört, unser Volksführer zu sein. Es ist selbstverständlich, daß er auch nach seinem Tode Präsident der Partei bleiben wird.

## Nächtlicher Fliegerangriff auf London.

Der Krieg im tiefsten Frieden.

Wie weit wir mit Friedensdiktaten, Friedenspakten und Freundschaftsverträgen gekommen sind, das zeigt uns das britische Luftministerium, das allen ernstes Fliegerangriffe auf London inszeniert, um ihr Kampfsystem zu erproben.

In der letzten Nacht wurde London von einem „feindlichen“ Geschwader angegriffen, und die Schiedsrichter erklärten diesen Angriff trotz der Verteidigungsmassnahmen als gelungen. Das Personal dieses Geschwaders besteht nur zu zwanzig Prozent aus aktiven Soldaten; der Rest aus Bankbeamten, Versicherungsangestellten und Börsenmaklern. Dieser gelungene „Angriff“ erfolgte kurz vor Einbruch der Dunkelheit. Die Unparteilichen haben entschieden, daß von zehn noch bei Tageslicht unternommenen „Angriffen“ acht von den verteidigenden Kampffliegern zurückgeschlagen worden sind.